

Innere Widersprüche
einer Weltmacht im Werden

Die Schattenseiten des Aufstiegs

Heinrich Krefth

Mit beeindruckender Geschwindigkeit ist China dank seines ökonomischen und politischen Aufstiegs von der Peripherie ins Zentrum von Weltwirtschaft und Weltpolitik gerückt. China ist heute eine Weltmacht im Werden. Doch dieser Aufstieg hat immer deutlicher werdende Schattenseiten.

China steht vor großen Herausforderungen. Trotz zweistelliger Wachstumsraten über viele Jahre und rekordhoher Devisenreserven (über 1500 Milliarden US-Dollar) ist China keineswegs ein reiches Land. Erst im Jahr 2002 hat das nominale Pro-Kopf-Einkommen die Grenze von tausend US-Dollar überschritten und 2007 rund 1500 US-Dollar erreicht. Die rapide Modernisierung Chinas hat bestehende innere Widersprüche akzentuiert. Das sich verschärfende innere Problempotential besteht unter anderem in einer ständigen Gratwanderung zwischen hohem Wachstum und Überhitzung, massiven gesellschaftlichen Ungleichgewichten, bis zu zweihundert Millionen Wanderarbeitern und hoher Arbeitslosigkeit sowie fortgesetzter Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen. Hinzu kommen wachsende soziale Proteste, Probleme bei der Implementierung von Politik und modernem Recht sowie eine systemische Korruption. Die Kommunistische Partei tut sich immer schwerer, diese Entwicklungen zu steuern und zu kontrollieren. Die Folge ist eine wachsende Erosion der Legitimität der führenden Stellung der Kommunistischen Partei. Bis weit hinein in hohe Hierarchien reichen die

internen Diskussionen darüber, inwieweit die Partei auch zukünftig in der Lage ist, die Administration zu dirigieren. Trotz der Erfolge und bewiesener Anpassungsfähigkeit der Kommunistischen Partei Chinas bleibt offen, ob ein in die Weltwirtschaft integriertes Land auf Dauer unter der Führung einer leninistischen Kaderpartei möglich ist.

Im Rückblick haben die Wirtschaftsreformen in China zu erheblichen sozialen Verwerfungen geführt. China hat sich innerhalb von fünfundzwanzig Jahren von einer der egalitärsten Gesellschaften zu einer der ungleichsten entwickelt. Die wachsende soziale Ungleichheit und gewaltige Einkommensunterschiede zeigen sich insbesondere zwischen Stadt und Land, aber auch innerhalb der städtischen und ländlichen Schichten. 1990 betrug die Einkommensdifferenz zwischen den zwanzig Prozent der Bevölkerung mit dem höchsten und den zwanzig Prozent mit dem niedrigsten Einkommen etwa das Vierfache. Dieser Unterschied ist inzwischen auf fast das Dreizehnfache gestiegen. Verfügten die zwanzig Prozent mit dem höchsten Einkommen in 1990 zu Beginn der Reformen über etwa neununddreißig Prozent des Gesamteinkommens, liegt dieser Wert inzwischen bei über achtzig Prozent. Da ein Großteil der Einkommen statistisch nicht erfasst wird, dürften die Einkommensunterschiede in der Realität noch wesentlich höher sein. So erklärt es sich, dass laut Weltbank immer noch einhundertetens Millionen Chinesen unterhalb der Armutsgrenze

von einem US-Dollar pro Tag leben, während sich das Land gleichzeitig zu einem boomenden Markt für teure Autos und andere Luxusimporte entwickelt hat.

Stagnation auf dem Land

Noch immer leben etwa sechzig Prozent der Bevölkerung auf dem Lande. Einkommensunterschiede zwischen Stadt und Land sind ein wichtiger Faktor für die Unzufriedenheit großer Teile der ländlichen Bevölkerung und für die anhaltende Landflucht. Zwar verminderten einerseits die ländlichen Wirtschaftsreformen vor allem in der Anfangsphase die Armut auf dem Lande beträchtlich. So konnte die Zahl der absolut Armen um über zweihundert Millionen reduziert werden. Andererseits geht die Schere zwischen ländlichen und städtischen Einkommen immer weiter auseinander. So liegen die durchschnittlichen ländlichen Einkommen nur bei einem Drittel der städtischen. Hinzu kommt die regionale Unausgewogenheit der Wirtschaftsentwicklung. So liegt das Pro-Kopf-Einkommen in der am weitesten entwickelten Küstenregion etwa doppelt so hoch wie in Zentralchina. Chinas ländliche Bevölkerung droht den Anschluss an die allgemeine dynamische Wirtschaftsentwicklung zu verpassen. Dieses ist nicht nur mit der im Vergleich zu den städtischen Industriesektoren langsamer steigenden Produktivität in der Landwirtschaft zu erklären, sondern auch mit dem Abbau staatlicher Investitionen im Agrarsektor, mit der Verschlechterung der *terms of trade* zwischen Agrar- und Industrieprodukten und auch mit den bis vor Kurzem steigenden Steuern und Abgabenlasten zugunsten lokaler Regierungen. Eine weitere wichtige Quelle ländlicher Unzufriedenheit ist die Bodenfrage. Nach offiziellen Angaben hat die chinesische Landwirtschaft allein in 2003 2,5 Millionen Hektar Anbauflächen verloren, was vor allem auf die Umnutzung unter anderem

für Industrie- und Wohnansiedlungen sowie Infrastrukturprojekte zurückzuführen ist. Diese Umnutzung ist ein besonders großes Einfallstor für Korruption. Bauern erhalten häufig nur einen Bruchteil des Gesamterlöses, was wiederholt zu Protesten geführt hat. Die Mehrheit der Bauern hat langfristige Nutzungsverträge (dreißig Jahre), jedoch kein Eigentum an den von ihnen bearbeiteten Flächen, die sie somit auch weder beleihen noch verkaufen können.

Es wird geschätzt, dass derzeit etwa einhundertzwanzig Millionen Landbewohner, das heißt dreiundzwanzig Prozent aller ländlichen Arbeitskräfte, in den Städten tätig sind. Durch ihren Geldtransfer tragen diese Wanderarbeiter in beträchtlicher Weise zu einem Armutsabbau auf dem Lande bei. Die Wanderarbeiter arbeiten und leben im Vergleich zu ihren städtischen Kollegen in prekären Verhältnissen. Ihre Arbeitswoche besteht in der Regel aus sieben Tagen und ihr Arbeitstag aus bis zu zwölf Stunden, und das bei geringen Löhnen und sonstigen Leistungen sowie defizitärem Arbeitsschutz. Zudem sind ihre Familien, soweit sie mit in die Städte gezogen sind, aufgrund ihres nach wie vor problematischen Aufenthaltsstatus weitgehend von Bildungschancen ausgeschlossen. Auch wenn es in China – zum Teil aufgrund rabiater behördlicher Räumungsmethoden – keine Slums gibt, ist das soziale Gefälle in den Städten augenfällig.

Als Folge der Landflucht hat sich der Urbanisierungsgrad von etwa zwanzig Prozent Anfang der 1980er-Jahre innerhalb von nur zwei Jahrzehnten verdoppelt. Die Regierung versuchte mit nur mäßigem Erfolg mittels einer dezentralen Urbanisierungsstrategie mittelgroße Städte auf dem Lande zu schaffen, um so den zu groß werdenden Migrationsdruck auf die großen Ballungsräume an der Ostküste zu senken. Die Weltbank geht davon aus, dass bis 2020 weite-

re dreihundert Millionen Bauern in die Städte abwandern werden.

Die marktwirtschaftlichen Reformen seit Beginn der 1980er-Jahre haben zu einer Krise der sozialen Sicherungssysteme geführt, die seit den 1950er-Jahren aufgebaut worden waren. Diese basierten in den Städten vor allem auf der Versorgung der Beschäftigten durch die Staatsbetriebe, von denen viele inzwischen zusammengebrochen oder nicht mehr in der Lage sind, für die medizinische Versorgung und die Rentenzahlungen aufzukommen. Im Durchschnitt haben seit 1997 etwa zehn Millionen Arbeiter im Jahr ihren Arbeitsplatz verloren, die mit den jährlich zehn bis zwölf Millionen Schulabgängern auf der Suche nach einer neuen Beschäftigung konkurrieren. Auch im ländlichen Raum, der im Vergleich zu den Städten immer unterprivilegiert war, gibt es einen vergleichbaren Trend. Mit der Dekollektivierung der Landwirtschaft sind immer mehr Menschen aus dem in den 1960er-Jahren eingeführten System genossenschaftlicher Gesundheitsversorgung herausgefallen.

Traditionell wurde die Altersversorgung insbesondere auf dem Land von der Familie getragen und dort primär von den Söhnen, was insbesondere den Wunsch nach männlichen Nachkommen erklärt und zu einem erheblichen Männerüberhang geführt hat. Durch Abwanderung der jungen Leute in die Städte und durch den wachsenden Anteil der Alten infolge der steigenden Lebenserwartung und der Ein-Kind-Politik ist die traditionelle Altersversorgung auf dem Lande in hohem Maße Not leidend. Chinas demografische Entwicklung gleicht immer mehr der weitaus entwickelteren Gesellschaften. Die chinesische Gesellschaft altert rapide, und das bei nach wie vor niedrigem Einkommensniveau. Ohne einschneidende Reformen dürfte die derzeit bestehende ohnehin bescheidene Altersversorgung bald kollabieren. Von den

764 Millionen Erwerbstätigen sind nach offiziellen Angaben nur etwa einhundertfünfzehn Millionen in der Arbeitslosenversicherung, etwa einhundertfünfzig Millionen in der Rentenversicherung und etwa einhundertachtzig Millionen Mitglied einer Krankenversicherung. Das chinesische Gesundheitswesen befindet sich in einem sehr schlechten Zustand. Für einen großen Teil der Bevölkerung ist selbst die medizinische Grundversorgung nicht mehr sichergestellt.

Zerstörung von Lebensgrundlagen

Die Zerstörung natürlicher Lebensgrundlagen hat inzwischen bedrohliche Ausmaße erreicht. So kommt die Weltbank in einer Studie zu dem Ergebnis, dass sich das Wirtschaftswachstum bei Gegenrechnung der Umweltschäden halbieren dürfte. Gemäß inoffiziellen Zahlen sterben jedes Jahr 750 000 Chinesen vorzeitig aufgrund der Umweltverschmutzung. Die Luft in den meisten chinesischen Großstädten ist in hohem Maße belastet. Sechzehn der weltweit am meisten verschmutzten Großstädte befinden sich in China. Nur ein Fünftel der Abfälle wird umweltgerecht entsorgt. Bis zu siebenhundert Millionen Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Nur ein Viertel der Abwässer wird geklärt beziehungsweise behandelt. Siebzig Prozent der Flüsse und neunzig Prozent der städtischen Gewässer sind stark belastet.

China als das bevölkerungsreichste Land der Welt ist in absoluten Zahlen der zweitgrößte Treibhausgasemittent weltweit hinter den USA und wird diese in absehbarer Zeit überholen. Bezogen auf die Pro-Kopf-Emissionen aller Treibhausgase, lag China im Jahr 2000 mit knapp vier Tonnen noch unter dem weltweiten Durchschnitt von 5,6 Tonnen, während die USA mit 24,5 Tonnen pro Kopf im weltweiten Vergleich an der Spitze liegen. Besorgniserregend ist insbesondere

die Steigerung der chinesischen Emissionen, die allein im Zeitraum von 2000 bis 2005 um etwa fünfundvierzig Prozent gestiegen sind.

Mit der Aufwertung der staatlichen Umweltbehörde State Environmental Protection Administration (SEPA) zum Umweltministerium soll die Durchsetzung umweltpolitischer Maßnahmen gestärkt werden. In 2007 hat China erstmals ein nationales Klimaschutzprogramm aufgelegt, in dem eine Vielzahl von Maßnahmen zum Klimaschutz aufgeführt ist.

Wachsende Proteste

Die tief greifenden Veränderungen seit Beginn der Reformen Ende der 1970er-Jahre haben zu großen sozialen Problemen geführt, die für die politische Führung des Landes zu einer wachsenden Herausforderung werden. Chinesische Berichte zeigen, dass die Menschen sich zunehmend gegen Willkür lokaler Behörden zur Wehr setzen. Weitere Ursachen bisher regional begrenzter Protestaktionen sind unter anderem Umweltprobleme, korrupte Parteifunktionäre und Verwaltungsbeamte, der Entzug von Landnutzungsrechten, nicht gezahlte oder unzureichende Entschädigungen, nicht ausbezahlte Löhne und Gehälter, der Abbau von Arbeitsplätzen sowie mangelnder Arbeitsschutz. So kamen nach offiziellen Angaben in 2007 insgesamt 3786 Menschen allein bei Bergwerksunglücken ums Leben. Gemäß offiziellen chinesischen Quellen ist die Zahl sozialer Unruhen in den vergangenen Jahren deutlich gewachsen. Das chinesische Ministerium für Öffentliche Sicherheit erklärte, dass es in 2005 insgesamt 87000 „Massenereignisse“ von „Störungen der öffentlichen Ordnung“ gegeben habe, darunter Protestaktionen, Demonstrationen und Sitzstreiks.

Trotz der wachsenden Unzufriedenheit eines Teils der Bevölkerung läuft China nicht Gefahr, dass sich diese Pro-

teste zu Flächenbränden ausweiten und das Regime gefährden könnten. Dennoch sind Regierung und Führung der Kommunistischen Partei alarmiert und haben inzwischen den Fokus ihrer politischen Prioritäten sichtbar verändert. Die Bemühungen der Zentralregierung, gegen die Ursachen der wachsenden sozialen Proteste anzugehen, werden beeinträchtigt durch bestehende Spannungen zu den lokalen Regierungen, durch institutionelle Schwächen des Staatsapparates, inkonsistente Politik und die Unfähigkeit oder den Unwillen zu grundlegenden politischen Reformen.

Seit dem Übergang von Jiang Zemin zu Hu Jintao in 2002 wenden sich Regierung und Partei zunehmend den Verlierern des Modernisierungsprozesses zu. Der elfte Fünfjahresplan (2006 bis 2010) sieht neben der Fortführung und Verstärkung von Maßnahmen zur Angleichung von städtischen und ländlichen Einkommen sowie Küsten- und Binnenprovinzen auch eine Verstärkung der Anstrengungen im Bereich Energie und Ökologie vor.

Mit der neuen Leitidee einer „harmonischen Entwicklung“ zeigt sich die Partei- und Regierungsführung entschlossen, das bisherige Modell eines Wachstums um (nahezu) jeden Preis ohne große Rücksicht auf die sozialen und ökologischen Kosten zu korrigieren. Allerdings bleibt in Anbetracht der begrenzten Durchsetzungs- und Kontrollfähigkeit der Zentrale gegenüber lokalen Staatsbediensteten und Parteikadern fraglich, ob dieses Umsteuern überhaupt und in der gebotenen Schnelligkeit gelingt. Die entscheidende Herausforderung für die kommunistische Parteiführung besteht darin, ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu sichern und gleichzeitig durch geeignete soziale Maßnahmen und die Eröffnung von Aufstiegschancen einen möglichst großen Teil der bisherigen Verlierer des Modernisierungsprozesses einzubeziehen.